

**Leserbrief** zu Kirstin Sucker-Sket:

„Wie die Freie Apothekerschaft höhere Honorare finanzieren will“

vom 4.7.2024

<https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2024/07/04/wie-die-freie-apothekerschaft-hoehere-honorare-finanzieren-will>

### **Nicht die Kranken belasten, „Freie Apothekerschaft“!**

Die „Freie Apothekerschaft“ schlägt vor, dass die geforderten höheren Honorare für die Apotheken zukünftig durch höhere Zuzahlungen der GKV-Patient:innen zu Arzneimitteln und sonstigen GKV-Leistungen finanziert werden sollten. Für den Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten, VdPP, wäre diese Lösung inakzeptabel:

- Zuzahlungen treffen die Schwächsten am meisten, denn es sind meist ältere multimorbide Menschen, die die meisten Arzneimittel brauchen, daher die höchsten Zuzahlungen leisten und meist über geringe finanzielle Ressourcen verfügen.
- Die Härtefallregelung kann nur greifen, wenn die Patient:innen diese von sich aus beantragen und die nötigen Zuzahlungsbelege vorlegen können. Aus der Praxis ist bekannt, dass dies nicht allzu oft gelingt und insofern die Härtefallregelung nicht in Anspruch genommen werden kann. Bezeichnend ist, dass es keine unabhängigen Untersuchungen darüber gibt, zu welchem Anteil Berechtigte diesen Antrag erfolgreich stellen und wie hoch der Anteil ist, der auf Arzneimittel aus finanziellen Gründen verzichten muss.
- Es gibt keine beauftragte Stelle, die sich um die betroffenen Menschen kümmert, damit sie die Härtefallregelung in Anspruch nehmen können. Sicherlich werden einige Apotheken altruistisch einen Unterstützungsservice anbieten, dies ist aber kein Ersatz für eine ausreichend rechtlich und praktisch abgesicherte Unterstützung aller Betroffenen. Gesundheitskioske, die diese Aufgabe hätten übernehmen können, wurden – Stand heute – wieder aus dem Referentenentwurf für ein Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz herausgenommen.

Die Forderungen der Freien Apothekerschaft nach einem angemessenen Honorar für Apotheken sind sicherlich gerechtfertigt. Diese Finanzierung aber von den Schwächsten einzufordern statt von denen, die zu den privilegierten Schichten der Bevölkerung gehören, ist schäbig, unsolidarisch und völlig inakzeptabel. Es bleibt zu hoffen, dass sich keine Vertreter:innen der übrigen Apothekerverbände einer solchen Forderung anschließen.

Vorstand des VdPP

Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten (VdPP)

Hamburg, 08.07.2024